

Niederschrift

Gremium	Sitzung - VW/030(VII)/23			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Verwaltungsausschuss	Freitag, 29.09.2023	Ratssaal	15:00 Uhr	18:20 Uhr

Leitung:

Oberbürgermeisterin Simone Borris

Teilnehmer:

siehe Anwesenheit

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 25. 08. 2023 - öffentlicher Teil
- 4 Einwohner*innenfragestunde
- 5 Beschlussvorlagen
 - 5.1 Magdeburger Märkte GmbH DS0395/23
BE: Oberbürgermeisterin
 - 5.1.1 Magdeburger Märkte GmbH DS0395/23/1
Oberbürgermeisterin
 - 5.2 Weiterführung des barrierefreien Livestreams der Stadtratssitzungen DS0467/23
BE: Oberbürgermeisterin
 - 5.3 Haushaltsplan 2024 - Stellenplan DS0446/23

BE: Beigeordneter für Personal, Bürgerservice und Ordnung

5.4	Digitale Bürger*innenbeteiligung BE: Oberbürgermeisterin	I0220/23
6	Anträge	
6.1	Berichtspflicht der Verwaltung CDU-Ratsfraktion	A0181/23
6.1.1	Berichtspflicht der Verwaltung Fraktion GRÜNE/future!	A0181/23/1
6.1.2	Berichtspflicht der Verwaltung Fraktion DIE LINKE	A0181/23/2
6.1.3	Berichtspflicht der Verwaltung BE: Oberbürgermeisterin	S0413/23
6.2	Nordeingang Zoo für Dauerkartenbesitzer Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz	A0109/23
6.2.1	Nordeingang Zoo für Dauerkartenbesitzer BE: Oberbürgermeisterin	S0265/23
6.3	Bundeswettbewerb „Jugend musiziert“ 2026 in Magdeburg Kulturausschuss	A0146/23
6.3.1	Bundeswettbewerb "Jugend Musiziert" BE: Bürgermeisterin	S0369/23
7	Verschiedenes	

Anwesend:

Vorsitzende/r

Simone Borris

Mitglieder des Gremiums

Kornelia Keune

Hagen Kohl

Ronny Kumpf

Oliver Müller

Kathrin Natho

Wigbert Schwenke

Roland Zander

Vertreter

Tobias Baum

Matthias Boxhorn

Stephan Bublitz

Kathrin Meyer-Pinger

Dr. Thomas Wiebe

i.V.f. SR'in Lösch

i.V.f. SR Schuster

i.V.f. SR Meister

i.V.f. SR'in Schumann

i.V.f. SR Dr. Grube

Geschäftsführung

Andrea Behne

Verwaltung

Dr. Anne Ignatuschtschenko

Abwesend:

Mitglieder des Gremiums

Dr. Falko Grube

Nadja Lösch

Olaf Meister

Carola Schumann

Frank Schuster

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Oberbürgermeisterin Frau Borris eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

3. Genehmigung der Niederschrift vom 25. 08. 2023 - öffentlicher Teil

Die Niederschrift des Verwaltungsausschusses vom 25. 08. 2023 – öffentlicher Teil – wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses bei 4 Enthaltungen genehmigt.

4. Einwohner*innenfragestunde

Zu diesem Tagesordnungspunkt sind keine Bürger*innen anwesend.

5. Beschlussvorlagen

5.1. Magdeburger Märkte GmbH

Vorlage: DS0395/23

5.1.1. Magdeburger Märkte GmbH

Vorlage: DS0395/23/1

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Leiter der Stabsstelle Beteiligungsmanagement und –controlling Herr Koch teil.

Zur Beratung liegt der Änderungsantrag DS0395/23/1 der Oberbürgermeisterin vor.

In seinen erläuternden Ausführungen zur Drucksache führt Herr Koch aus, dass mit dieser beabsichtigt ist, das Marktwesen neu zu ordnen und besser an die Stadt zu binden. Dazu ist die GmbH-Gründung mit einem Startkapital von 100 TEUR vorgesehen. Im Weiteren geht er auf die Diskussion des Ausschusses FG und die hier getroffenen Beanstandungen ein. Resultierend aus dieser Diskussion wurde der vorliegende Änderungsantrag erarbeitet, welcher als Anlage den modifizierten Wirtschaftsplan enthält.

Herr Koch informiert, dass die GmbH das Marktwesen von der Weißen Flotte übernimmt und der Geschäftsführer der Weihnachtsmarkt GmbH auch die Geschäftsführung der Märkte GmbH übernehmen wird. Die Idee, das Marktwesen in die Weihnachtsmarkt GmbH zu legen, hält die Verwaltung zwar für zielführend, um jedoch Interessenskonflikte zu vermeiden und Synergieeffekte zu erzielen, soll eine eigene GmbH gegründet werden.

Ergänzend verweist die Oberbürgermeisterin auf ihre in den Fraktionen geführte Gespräche und merkt insbesondere an, dass es seitens des Geschäftsführers der Weihnachtsmarkt GmbH keine exorbitanten Forderungen hinsichtlich der Vergütung für die Tätigkeit als Geschäftsführer der Märkte GmbH gibt. Zielstellung soll sein, das Marktwesen stringenter durchzuführen. Hinsichtlich Befürchtungen, dass es durch die Übernahme des Marktwesens zu Defiziten bei der Weißen Flotte kommen könnte, informiert die Oberbürgermeisterin über Überlegungen der Geschäftsführerin der MVB, durch die Weiße Flotte die Karavan-Stellplätze zu erweitern.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, zeigt seine Überraschung darüber, dass die Drucksache öffentlich behandelt wird, obwohl es sich auch um eine Geschäftsführerangelegenheit handelt.

Hierzu stellt die Oberbürgermeisterin klar, dass der Geschäftsführer der Weihnachtsmarkt GmbH einer öffentlichen Behandlung der Thematik zugestimmt hat.

Stadtrat Müller kritisiert, dass somit keine Möglichkeit besteht, dass auch andere Namensvorschläge vorgebracht werden können und bittet um eine rechtliche Stellungnahme.

Der Leiter der Stabsstelle Beteiligungsmanagement und –controlling Herr Koch stellt hinsichtlich des Öffentlichkeitsstatus klar, dass die Einverständniserklärung des Geschäftsführers ausreichend sei und die Drucksache keine personenbezogenen Daten enthält. Zudem soll mit der Drucksache eine breite Öffentlichkeit erreicht werden.

Stadtrat Baum, Fraktion DIE LINKE, wirft die Frage nach der Etablierung eines Aufsichtsrates und dessen möglicher Teilnehmeranzahl auf und sieht in einem weiteren Aufsichtsrat zusätzlichen Aufwand.

In Beantwortung seiner Frage hinsichtlich des Personals merkt die Oberbürgermeisterin an, dass die Mitarbeiter*innen, welche jetzt mit dem Marktwesen befasst sind, von der neuen Gesellschaft übernommen werden.

Zur Frage bzgl. eines Aufsichtsrates verweist Herr Koch auf die Regelung im Gesellschaftsvertrag, die besagt, dass die Gesellschaft einen Beirat haben kann. Dieser besteht aus max. 8 Mitgliedern von den 4 aus den Reihen des Stadtrates benannt werden sowie 4 Personen, die über das erforderliche Fachwissen verfügen.

Stadtrat Zander, Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz, erklärt, dass seine Fraktion der Drucksache nicht zustimmen wird. Er äußert seine Vorstellung, dass die Stadt die erforderlichen Aufgaben selbst übernehmen sollte und sieht bei einer weiteren Gesellschaft hohe Kosten auf die Stadt zukommen.

Stadtrat Schwenke, als Mitglied der Gesellschafterversammlung der Weihnachtsmarkt GmbH, merkt an, dass es sich bei der neu zu gründenden GmbH nur um eine kleine Struktur handelt. Er bezeichnet die GmbH-Gründung als richtigen Weg und sieht hierbei keine Interessenskonflikte. Im Weiteren informiert er, dass die Thematik Beirat in seiner Fraktion diskutiert wurde. Er spricht sich dafür aus, die Thematik zu prüfen, wenn das Gesellschaftskonstrukt steht und erklärt seine Zustimmung zur Drucksache.

Stadtrat Bublitz, Fraktion GRÜNE/future!, informiert über die Diskussion zur Drucksache in seiner Fraktion und deren Wunsch nach einer Verbesserung des Marktwesens. Stadtrat Bublitz spricht sich für eine Zustimmung zur Drucksache aus.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 11 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme bei 1 Enthaltung dem Stadtrat, den Änderungsantrag DS0395/23/1 der Oberbürgermeisterin in seiner Sitzung am 12. 10. 2023 zu beschließen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 8 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme bei 3 Enthaltungen dem Stadtrat, die DS0395/23 unter Beachtung des Änderungsantrages DS0395/23/1 der Oberbürgermeisterin in seiner Sitzung am 12. 10. 2023 zu beschließen.

5.2. Weiterführung des barrierefreien Livestreams der Stadtratssitzungen
Vorlage: DS0467/23

Die Oberbürgermeisterin macht erläuternde Ausführungen zur Drucksache.

Stadtrat Kohl, Fraktion AfD, legt seine Auffassung dar, keine Notwendigkeit einer Fortsetzung des barrierefreien Livestreams zu sehen.

Mit Hinweis auf die bereits im Stadtrat geführte Diskussion erklärt Stadtrat Bublitz, Fraktion GRÜNE/future!, die Zustimmung seiner Fraktion zur Drucksache.

Stadtrat Dr. Wiebe, SPD-Stadtratsfraktion, vertritt seine persönliche Auffassung, die entstehenden Kosten in Höhe von 50 TEUR vor dem Hintergrund der geringen Anzahl von Zuschauern skeptisch zu sehen. Er sieht es als problematisch an, die Aussage treffen zu können, dass hier Aufwand und Nutzen in einem halbwegs vernünftigen Verhältnis stehen.

Stadtrat Baum, Fraktion DIE LINKE, sieht die Aufzeichnungen der Stadtratssitzungen als ein Zeitzeugnis an, da diese archiviert werden. Zu seiner Frage hinsichtlich der Rechte informiert die Teamleiterin im BOB Frau Dr. Ignatuschtschenko, dass diese bei der Stadt liegen und es sich um einen eigenen Youtube-Kanal handelt.

Stadtrat Kumpf, Fraktion AfD, merkt an, dass es sich hierbei um eine freiwillige Aufgabe handelt und die Kosten in Höhe von 50 TEUR Ausgaben sind, die sich die Stadt bei der derzeitigen Haushaltslage eigentlich nicht leisten kann. Er sieht hier eine Einsparmöglichkeit und zweifelt an, dass noch Aufzeichnungen von Stadtratssitzungen der vergangenen Jahre angesehen werden.

Stadtrat Schwenke, CDU-Ratsfraktion, vertritt die Auffassung, dass die Gebärdensprache noch viel zu wenig angewendet wird. Er spricht sich für eine Beschlussfassung zur Drucksache aus und merkt an, dass der barrierefreie Livestream ein wichtiges Element der Teilhabe für Menschen mit Behinderung darstellt.

Zur Frage der Kosten merkt die Oberbürgermeisterin an, ggf. Überlegungen anzustellen, ob es noch andere kostengünstigere Möglichkeiten gibt.

Stadträtin Keune, SPD-Stadtratsfraktion, informiert, dass ihre Fraktion größtenteils für eine Fortsetzung des Projektes ist. Sie erklärt, dass, wenn sich andere Konditionen ergeben, seitens ihrer Fraktion Unterstützung gegeben wird, grundsätzlich aber die Zustimmung zur Drucksache erfolgt.

Stadträtin Meyer-Pinger, Fraktion FDP/Tierschutzpartei, ist der Ansicht, dass der entsprechende Vertrag zunächst für ein weiteres Jahr abgeschlossen werden sollte. Sie begründet, dass die bisherige Dauer des Projektes für eine Evaluierung noch nicht ausreichend sei.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 9 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen dem Stadtrat, die DS0467/23 in seiner Sitzung am 12. 10. 2023 zu beschließen.

5.3. Haushaltsplan 2024 - Stellenplan
Vorlage: DS0446/23

An diesem Tagesordnungspunkt nehmen der Beigeordnete für Personal, Bürgerservice und Ordnung Herr Krug und die Fachdienstleiterin Personal- und Organisationsentwicklung Frau Jeanvrè teil.

Zum Stellenplan 2024 macht der Beigeordnete Herr Krug anhand einer Power-Point-Präsentation erläuternde Ausführungen. Er geht dabei auf die Personalstellenentwicklung seit 2003 ein und benennt die Gründe für die Stellenerhöhung in den Dezernaten in Höhe von 56,5 Stellen. Hinsichtlich der Personalkostenentwicklung seit 2008 einschließlich DKPK verweist er darauf, dass Hauptursachen der Erhöhung der Personalkosten die abgeschlossenen Tarifverträge sind. Im Weiteren macht er Ausführungen zum Personalkostenanteil an den Gesamtaufwendungen seit 2011 und zur Personalkostenbedarfsplanung DKPK 2024. Hierbei verweist er auf die Risiken auf Grund von Gesetzesänderungen hinsichtlich der Beitragsbemessungsgrenzen in der Sozialversicherung, welche einen Mehrbedarf von 173.400 Euro bedeutet bzw. eine mögliche Besoldungserhöhung für Beamte und Anwärter, wonach eine 1 %ige Erhöhung 348.400 Euro im Jahr entspricht. Ein möglicher Inflationsausgleich für Beamte und Anwärter erzeugt einen Mehrbedarf von 1.749.00 Euro. Abschließend führt er zur Personalkostenentwicklung seit dem Jahr 2002 aus.

Hinweis: Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Stadtrat Zander, Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz, merkt an, ihm sei zugetragen worden, dass eine Arbeitszeitverkürzung auf 35+ Wochenstunden geplant sei und hinterfragt die Auffassung der Verwaltung hierzu.

Die Oberbürgermeisterin verweist darauf, dass eine ähnliche Maßnahme bereits vor einigen Jahren eine Haushaltskonsolidierungsmaßnahme war und ca. 30 % des städtischen Personals bereits verkürzt arbeitet. Somit würde eine Arbeitszeitverkürzung als Einsparungsmaßnahme nicht greifen. Hierfür soll die Möglichkeit der restriktiven Stellenbesetzung genutzt werden.

Stadtrat Baum, Fraktion DIE LINKE, wirft die Frage auf, wie die Einstufung der Vergütungsgruppen überprüft werden.

Beantwortend informiert die Oberbürgermeisterin, dass zunächst eine Aufgabenbeschreibung erfolgt. Danach entscheidet die Bewertungskommission welche Wertigkeit die Stelle hat und welche Leistung erbracht werden muss, um die entsprechende Aufgabe zu erfüllen.

Frau Jeanvrè ergänzt, dass die Stadt Interesse daran haben muss, bei einer Stellenausschreibung entsprechend Tarifvertrag die entsprechende Qualifizierung zu fordern. Gelingt dies nicht, gibt es die Regelung im TVöD, dass auch eine andere Ausbildung für eine Stellenbesetzung gefordert werden kann. Dies könne aber dazu führen, dass mit hohem finanziellen Aufwand eine Nachqualifizierung erfolgen muss.

Auf Nachfrage des Stadtrates Baum hinsichtlich der Vergütung bei vorliegender Überqualifizierung für eine Stelle führt Frau Jeanvrè aus, dass hier die Vergütung in der Höhe der für die Stelle vorgesehenen Eingruppierung erfolgt.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, hinterfragt die Erforderlichkeit der Höhe des Stellenaufwuchses der Feuerwehr. Hierzu verweist der Beigeordnete Herr Krug darauf, dass diese Stellen besetzt werden müssen.

Zur weiteren Nachfrage des Stadtrates Müller hinsichtlich des Wegfalls der Stelle Fachdienstleitung 41.2 Kunst und Kultur begründet Frau Jeanvrè, dass dieser auf Organisationsveränderungen basiert.

Stadtrat Müller wirft weiterhin die Frage nach den Gründen für den KW-Vermerk bzgl. der Stelle SB Netzwerk Industriekultur auf und möchte wissen, wie die weitere Verfahrensweise mit dem Personalpool ist.

Frau Jeanvrè macht darauf aufmerksam, dass es keinen Personalpool mehr gibt, sondern Funktionsstellen für übertragene Aufgaben und macht erläuternde Ausführungen hierzu.

Der Beigeordnete Herr Krug sagt zu, zu den aufgeworfenen Fragen eine ausführlichere schriftliche Beantwortung vorzunehmen.

Auf Nachfrage des Stadtrates Müller hinsichtlich der Kennzahl für Stellenneubesetzungen informiert der Beigeordnete Herr Krug, dass diese nicht mehr bei 170 Tagen liegt. Jedoch gibt es Stellen, bei denen die Besetzung mehr als ein Jahr dauert. Er sagt zu, die genaue Kennzahl nachzuliefern.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 8 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen dem Stadtrat, die DS0446/23 in seiner Sitzung am 11. 12. 2023 zu beschließen.

5.4. Digitale Bürger*innenbeteiligung Vorlage: I0220/23

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Information zur Kenntnis.

6. Anträge

- 6.1. Berichtspflicht der Verwaltung
Vorlage: A0181/23
 - 6.1.1. Berichtspflicht der Verwaltung
Vorlage: A0181/23/1
 - 6.1.2. Berichtspflicht der Verwaltung
Vorlage: A0181/23/2
-

Von Stadtrat Schwenke, CDU-Ratsfraktion, wird mit Hinweis auf die Stellungnahme der Verwaltung der Antrag A0181/23 **zurückgezogen**.

Die Teamleiterin 3 im BOB Frau Dr. Ignatuschtschenko verweist auf den Beschluss des Stadtrates 2008 zur Beschlusskontrolle und merkt an, dass die Fraktionsgeschäftsstellen dementsprechend quartalsmäßig die Auflistung der Beschlusskontrolle zugeleitet bekommen. Außer der Fraktion FDP/Tierschutzpartei habe noch keine andere Fraktion Fragen hierzu gehabt.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, bezeichnet es als naiv zu glauben, dass die Fraktionen diese Auflistungen quartalsweise durchdiskutieren würden. Mit Hinweis auf die Verfahrensweise in anderen Städten unterbreitet er den Vorschlag, einen ständigen Tagesordnungspunkt „Bericht zur Ausführung der Ratsbeschlüsse“ für den Stadtrat aufzunehmen.

6.2. Nordeingang Zoo für Dauerkartenbesitzer
Vorlage: A0109/23

Stadtrat Zander, Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz, macht erläuternde Ausführungen zum Anliegen des Antrages und äußert sein Unverständnis über die ablehnende Haltung zum Antrag. Er äußert seine Vorstellung, dass ein Zugang für Dauerkartenbesitzer über einen entsprechenden Automaten ermöglicht werden kann.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 3 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen dem Stadtrat, den Antrag A0109/23 der Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz in seiner Sitzung am 16. 11. 2023 nicht zu beschließen.

6.2.1. Nordeingang Zoo für Dauerkartenbesitzer
Vorlage: S0265/23

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

6.3. Bundeswettbewerb „Jugend musiziert“ 2026 in Magdeburg
Vorlage: A0146/23

In ihren erläuternden Ausführungen zur Stellungnahme der Verwaltung verweist die Oberbürgermeisterin auf den Zeitablauf, wann und wie durch den Alt-Oberbürgermeister die Bewerbung für den Wettbewerb erfolgte. Sie betont, dass es hierzu keinen entsprechenden Beschluss des Stadtrates gab, sodass auch keine Erforderlichkeit gesehen wurde, den Stadtrat hinsichtlich der Zurückziehung der Einladung zum Wettbewerb einzubeziehen. Jedoch werde vorgeschlagen, den Wettbewerb im Jahr 2029 durchzuführen. Sie zeigt sich zuversichtlich, dass sich zu diesem Zeitpunkt die finanzielle Situation der Stadt verbessert haben wird.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, geht kritisch auf die Stellungnahme der Verwaltung ein und vertritt die Auffassung, dass die Teilnahme an einem Bundeswettbewerb keine Entscheidung der Verwaltung sein kann und somit der Stadtrat beteiligt werden musste. Er äußert das Unverständnis seiner Fraktion über diese Verfahrensweise.

Die Oberbürgermeisterin führt aus, dass es ein Schreiben der Bundesstiftung gab mit der Mitteilung, dass sich die Kosten für den Wettbewerb auf 500 TEUR belaufen werden. Dies war Grundlage für die Absage des Bundeswettbewerbs.

Stadtrat Bublitz, Fraktion GRÜNE/future!, informiert, dass seine Fraktion auf Grund der Kosten und der Vorbereitungszeit auch damit leben kann, dass der Wettbewerb erst im Jahr 2029 durchgeführt wird. Er vertritt die Auffassung, dass letztendlich ein Änderungsantrag gestellt werden sollte, die Oberbürgermeisterin zu beauftragen eine Drucksache zu erstellen, den Wettbewerb im Jahr 2029 durchzuführen.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, unterbreitet zum weiteren Verfahren den Vorschlag, zunächst die Beratung des Antrages im Kulturausschuss abzuwarten. Ggf. werde ein entsprechender Änderungsantrag eingebracht.

Im Ergebnis der geführten Diskussion wird der Antrag A0146/23 des Kulturausschusses **zurückgestellt**.

7. Verschiedenes

7.1. Technikmuseum (DS0355/23)

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, nimmt Bezug auf o.g. Drucksache und wirft die Frage auf, worin die Nichtöffentlichkeit dieser Drucksache begründet sei. Mit Verweis auf seine diesbezügliche Anfrage F0288/23 kritisiert er, dass er bisher noch keine Antwort bekommen habe.

Beantwortend verweist die Oberbürgermeisterin auf eine Stellungnahme des Fachbereiches Liegenschaftsservice, in der darauf aufmerksam gemacht wurde, dass in der Drucksache Aussagen zu Grundstückseigentümern und –preisen getroffen wurden, die eine Nichtöffentlichkeit begründen. Diese Problematik könne später geheilt werden, zunächst sollte die Thematik jedoch weiter diskutiert werden.

7.2. 100jährige Platane (A0159/23)

Stadtrat Müller kritisiert ebenfalls, dass bisher noch keine Stellungnahme der Verwaltung zum benannten Antrag vorliegt. Er merkt an, dass die Schutzfrist, bis zu der Baumfällungen ausgesetzt sind, am 30. 09. 2023 ausgelaufen ist.

Die Oberbürgermeisterin stellt klar, dass es zwar eine Stellungnahme gibt, diese aber noch nicht offiziell ist. Die offizielle Stellungnahme werde jetzt durch den Beigeordneten für Umwelt und Stadtentwicklung erstellt.

Der anwesende Beigeordnete Herr Rehbaum gibt den Hinweis, dass er bereits öffentlich aus dieser Stellungnahme zitiert habe, dass die Fällgenehmigung entsprechend der gesetzlichen Regelungen bereits erteilt wurde.

Stadtrat Müller macht darauf aufmerksam, dass die Fällung solange ausgesetzt werden soll, bis die Gründe für die Fällgenehmigung geprüft wurden.

Der Beigeordnete Herr Rehbaum stellt klar, dass diese Prüfung erfolgt ist und der Eigentümer das Recht auf Schutz seines Gebäudes hat. Insbesondere versichert er, dass niemand leichtfertig mit Fällgenehmigung für Bäume umgeht.

Stadtrat Zander, Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz verweist auf einen Antrag hinsichtlich der Fällung von Pappeln und die damit verbundenen Schwierigkeiten. Hinsichtlich der benannten Platane führt er aus, diese in Augenschein genommen zu haben. Im Ergebnis habe er keine Risse im Mauerwerk feststellen können. Er äußert sein Interesse, die entsprechenden Unterlagen einzusehen.

7.3. MVB-Kundenzentrum

Weiterhin kritisiert Stadtrat Müller, dass das Zentrum telefonisch nicht erreichbar sei. Er wirft die Frage auf, wie sich hier die Personalsituation darstellt und hinterfragt, ob die Problematik im Aufsichtsrat diskutiert wurde und wie sich der weitere Umgang darstellt.

7.4. Öffentliche Angelegenheiten

Zum Hinweis des Stadtrates Müller, Diskrepanzen zu sehen, dass ein hauptamtlicher Beigeordneter gleichzeitig Vorsitzender eines Bürgervereins sei stellt der Beigeordnete für Personal, Bürgerservice und Ordnung Herr Krug klar, dass es sich bei dem Vorsitz um ein Ehrenamt handelt, er jedoch demnächst diesen Vorsitz abgeben wird.

7.5. Grafitti-Strategie

Stadtrat Kohl, Fraktion AfD, wirft die Frage auf, ob hinsichtlich eines Antigraffiti-Mobils auch das Land beteiligt wird.

Hierzu führt der Beigeordnete für Personal, Bürgerservice und Ordnung Herr Krug aus, dass hinsichtlich der finanziellen Belange alle Fördermöglichkeiten ausgelotet werden. Wenn die Finanzierung für das Projekt steht, werde auch das Land angefragt. Soweit sei es aber noch nicht.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Simone Borris
Vorsitzende

Andrea Behne
Schriftführerin